

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 67 (1988)
Heft: 12

Artikel: Über die Zukunftssicherung der Sozialdemokratischen Partei : keine Angst vor der Macht
Autor: Koch, Ursula
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-340653>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 04.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Keine Angst vor der Macht

Von Ursula Koch

«Die Zukunft der SP» lautete der Titel meines Referates. Nun, es ist ausserordentlich schwierig, in 30 Minuten alle Erwartungen zu erfüllen, die an diesem Titel – besonders an diesem Jubiläumsparteitag – hängen. Eine Person allein kann – zum Glück – die Antworten auf die Fragen nach der Zukunft unserer Partei nicht geben. Alles, was ich tun kann, ist, Euch ein paar Gedanken weitergeben, die ich mir selber ab und zu zu diesem Thema gemacht habe. Ich frage mich immer wieder, was es eigentlich braucht, um eine erfolgreiche Zukunft der Partei zu sichern. Es sind nach meiner Auffassung im wesentlichen drei Bereiche:

1. Wir brauchen eine gute, mehrheitsfähige Politik im In-

teresse der Mehrheit der Bevölkerung.

2. Wir brauchen Macht, um diese auch in der Politik durchzusetzen, und

3. wir brauchen Menschen, Parteimitglieder, die verstehen, die richtigen Prioritäten zu setzen, und unsere gemeinsamen Ziele und Hoffnungen in ihren Herzen tragen und die auch bereit sind, dafür zu arbeiten.

1. Wir brauchen eine gute, mehrheitsfähige Politik für die Mehrheit der Bevölkerung

Ausgehend von unseren Idealen – globale soziale Gerechtigkeit, Selbstbestimmung in Wirtschaft und Gesellschaft, Demokratie, Meinungsfreiheit, Frieden und weltweite Solidarität – müssen

wir eine Politik für die Mehrheit der Menschen in diesem Lande definieren und verfechten, die verstanden und getragen wird. Ich möchte jetzt nicht im einzelnen auf die Inhalte einer guten sozialdemokratischen Politik der Zukunft eingehen. Wir haben an diesem Parteitag viel davon gesprochen. Besonders im Referat von Oskar Lafontaine wurden wichtige politische Zukunftsvorstellungen diskutiert. Ich werde kein neues Parteiprogramm entwerfen, und ich werde mich auch nicht inhaltlich mit den Aussagen von Oskar Lafontaine auseinandersetzen. Ich meine, wir sind manchmal in Gefahr, Randgruppenpolitik zu machen. Wir sehen das Elend und die Machtlosigkeit von Menschengruppen, die am Ran-



de der Gesellschaft stehen. Ich denke an Ausländer, Ausgegrenzte aller Art, Drogenabhängige, Sozialfälle, Gefangene, Häuserbesetzer usw. Diese Ungerechtigkeiten und die vertanen Lebenschancen regen uns auf, und wir möchten etwas für diese Menschen tun. Die SP hat sich schon immer für die Rechte und die Besserstellung dieser Menschen eingesetzt, und dies wird immer eine ihrer Aufgaben sein.

Dennoch darf und kann Randgruppenpolitik niemals zum Hauptinhalt unserer Politik werden, wenn wir stark und erfolgreich sein wollen. Warum? Leider gibt es in unserer Gesellschaft die selbstverständliche Solidarität nicht, welche das Elend solcher Randgruppen gar nicht entstehen lassen würde. Im Gegenteil, unsere Gesellschaft desolidarisiert sich in einem starken und zunehmenden Masse. Wenn wir Randgruppenprobleme zu einem wesentlichen Inhalt unserer Politik machen, werden wir von der grossen Mehrheit nicht verstanden. Viele Menschen haben schnell das Gefühl, dass wir uns nicht für sie, sondern nur für die spezifischen Probleme weniger kümmern. Sie verlieren das Vertrauen in unsere Politik und wenden sich ab. Damit ist den echt Bedürftigen nicht geholfen, weil wir an Einfluss verlieren. Unser Weg muss deshalb umgekehrt gehen.

Wir müssen die Interessen der grossen Mehrheit vertreten, z. B. im Bereich des Umweltschutzes, der Bodenspekulation und Mieternot, der wirtschaftlichen Entwicklung, der Sicherung der Arbeitsplätze, der Mitbestimmung und der Humanisierung der Arbeitswelt und der sozialen Sicherheit. Unsere Vorstellungen in diesen wichtigen Bereichen der Politik werden heute noch nicht von der Mehrheit der Menschen getragen. Trotzdem, wir vertreten ihre Anliegen.

Dies bedeutet nicht, dass wir eine laue Politik ohne Ecken und Kanten machen müssen. Im Gegenteil: Wir müssen diese Anliegen radikaler und kämpferischer verfechten. Besonders unsere Politik für die Mehrheit der Bevölkerung wird vom Rechtsbürgertum aufs heftigste bekämpft. Sind wir aber erfolgreich und gelingt es uns, das Vertrauen in unsere Politik zu verbreiten, erreichen wir mehr für die Menschen am Rande unserer Gesellschaft. Ich bin mir bewusst, dass viele nicht einverstanden sind mit mir. Ich bin aber zutiefst davon überzeugt, dass nur eine Politik für die grosse Mehrheit der Bevölkerung schliesslich zum Erfolg führen wird.

2. Wir brauchen mehr Macht

Um unsere Ideale, unsere Ziele und unsere Politik durchsetzen zu können, brauchen und wollen wir mehr Macht, und zwar viel mehr als heute. Das ist zwar eine Selbstverständlichkeit, aber ich kann mir vorstellen, dass es doch einigermassen erstaunt, wenn eine Sozialdemokratin und dazu noch eine Frau so klar und deutlich sagt, dass wir mehr reale Macht wollen.

Wir Sozialdemokratinnen, wir Frauen insbesondere haben eine grosse Scheu, das Thema Macht anzusprechen. Es macht uns Angst, und wir wollen mit Macht möglichst nichts zu tun haben. Denn – so meinen viele – Macht ist das Böse schlechthin.

Genossinnen und Genossen, wir brauchen uns um unsere Zukunft keine Gedanken zu machen; wir brauchen keine Utopien, und wir müssen uns nicht um eine gute Politik für die Mehrheit kümmern, wenn wir keine Macht wollen, Angst davor haben und uns diesem Thema nicht stellen. Dies gilt vor allem für Frauen. Männer haben hier meist weniger Hemmungen. Wir brauchen aber unbe-

dingt mehr Frauen in der aktiven Politik. Wir haben immer gelitten unter der Macht der anderen über uns. Wir wollen unsere Hände rein halten, und wir wollen niemals in die Lage kommen, dass andere unter unserer Macht leiden. Wir wollen nicht zu Unterdrückerten werden. Und in der Tat, eine Partei, die in ihrem Programm das eine zentrale Ziel hat, die Ausbeutung der Menschen durch die Menschen zu verhindern, diese Partei muss sich sehr wohl und äusserst präzise mit dem Thema «Macht ausüben, Macht haben» auseinandersetzen. Wie können wir Macht ausüben, ohne selber zu Unterdrückten zu werden und damit unsere moralische Haltung und unsere Überzeugung zu verlieren?

Behinderungsmacht und Begrenzungsmacht

Wenn wir Macht brauchen und wollen, um unsere Politik durchzusetzen, müssen wir uns mit aller positiven Kraft denen entgegensetzen, die ihre Macht dazu brauchen, um die Privilegien weniger zu sichern, um ungerechte Zustände zu verteidigen. Sie behindern damit den gerechten Zugang zu materiellen und immateriellen Gütern und zu Positionen. Sie behindern die Selbstbestimmung und die freie Entfaltung der Menschen und der Völker. Dank ihrer Behinderungsmacht¹ können sie das tödliche Elend weltweit und die sie unterstützenden Strukturen bei uns aufrechterhalten. Diese Behinderungsmacht und die Träger dieser Behinderungsmacht wollen ganze Völker und ganze Gruppen von Menschen – Frauen, Andersdenkende, Andersfarbige, Ausländer usw. – möglichst für immer auf tieferem sozialem Ni-

¹ Silvia Staub-Bernasconi, «Ohnmachtsphantasien – Machtutopien», Referat im Rahmen des Kurses der Volkssuni Zürich zum Thema «Frauen – Macht – Politik», 17. Februar 1987

veau fixieren, sie Existenznöten aussetzen, sie ausbeuten, psychisch und technisch manipulieren und mental kolonialisieren. Beispiele gibt es genug: Ganz wenige besitzen Grund und Boden, und viele sind ihnen als Mieter ausgeliefert. Wenige, die über die Mittel der Massenkommunikation verfügen, und viele, die nie zu Wort kommen können. Wenige, die über die riesigen Geldflüsse dieses Landes verfügen und so die wirtschaftliche und gesellschaftliche Zukunft im wesentlichen bestimmen, und viele, die ohne echten Einfluss auf den Gang der Dinge und damit auf die gemeinsame Geschichte sind.

Um unsere Ziele zu erreichen, muss es uns gelingen, diese Behinderungsmacht zu begrenzen und uns den Trägern dieser Behinderungsmacht entgegenzustellen. Wir brauchen also Begrenzungsmacht¹, die sich aus den Postulaten der Gerechtigkeit, der Demokratie und der Selbstbestimmung legitimiert. Unsere Macht kann und darf nie um ihrer selbst willen oder um unserer Person willen ausgeübt werden. Machtpositionen, die uns nicht mehr erlauben, Ungerechtigkeiten zu begrenzen und unsere Ziele zu erreichen, sind für uns sinnlos und gefährlich. Macht um der Macht willen interessiert uns nicht. Wenn wir durch die Kämpfe unsere Partei selber zu Begrenzungsmachtsträgerinnen geworden sind, haben wir eine grosse Verantwortung in der Handhabung dieser Macht. Wir müssen immer für die grösstmögliche Transparenz sorgen, und wir haben jederzeit aufzuzeigen, wie und in welchem Sinne wir unsere Macht brauchen. Insbesondere haben wir uns immer sehr sorgfältig gegenseitig zu kontrollieren, damit wir unsere Macht nie missbrauchen, indem wir selber Schwächere behindern. Dies gilt auch für unsere Machtpositionen innerhalb der Partei.



Die Pflicht zur Transparenz

Ich möchte nochmals zurückkommen auf die geforderte Transparenz. Besonders als Mandatäre sind wir zu dieser Transparenz verpflichtet. Das Thema in diesem Zusammenhang heisst Kollegialitätsprinzip, und ich erlaube mir, dazu einige Ausführungen zu machen. Bis vor kurzem hat die Spielregel gegolten, dass sozialdemokratische Mitglieder von Behörden ihre Haltungen und Meinungen zu Regierungsentscheiden für sich behielten und die Entscheide mittrugen. Aus unserer Minderheitsposition war klar, dass der grösste Teil dieser Entscheide gegen unsere Politik gefällt wurde.

Als Basismitglied gab es für mich nichts Frustrierenderes, als zu erleben, wie unsere Exponenten Positionen und Entscheide vertraten, die unseren Absichten diametral entgegengesetzt waren. Der Sinn unserer Wahlkämpfe ging verloren, Resignation war die Folge. Wenn ich nun diese in keinem Gesetz festgelegte Spielregel aufkündigte, so u.a. deshalb, um meinen Genossinnen und Genossen und den Wählerinnen und Wählern diese Frustrationen zu ersparen. Ich möchte erkennbar bleiben und die nötige Transpa-

renz schaffen, auch wenn ich die gefällten Entscheide nachher ausführen muss. Das Durchbrechen des Prinzips der «schweigenden Minderheit» kam in Zürich schon in den letzten Amtsperioden immer wieder vor. Kaum jemand hat sich deshalb aufgeregt. Einige meiner Kollegen haben immer wieder nach aussen klargemacht, wenn sie einmal unterlegen sind. Das war sozusagen normal, ein Gentleman-Delikt. Kaum der Rede wert. Wenn ich nun dasselbe in seltenen Fällen tue, bricht nun das gesamte System zusammen. Weshalb wird dasselbe Verhalten so unterschiedlich bewertet? Im ersten Fall bekennen sich alle zur Spielregel der Schweigepflicht, ja sie beschwören sie sogar, halten sich einfach nicht daran. In meinem Fall erkläre ich offen, dass ich mich nicht daran halten werde und lege auch die Motive dafür offen auf den Tisch, d.h. ich mache es zu einem politischen Programmpunkt. Und dies ist nun etwas ganz anderes, das ist plötzlich Politik und kein Gentleman-Delikt mehr. Und das ist auch gut so, soll es auch sein und ist auch so gemeint. Transparenz und Offenlegung der echten Verhältnisse ist eben gefährlich.

Die Macht ist geliehen

Ich habe gesagt, dass es sehr wichtig ist, immer wieder über unsere Macht und die Wirkung auf andere zu reflektieren. Wenn wir das konsequent machen, erhalten wir als Partei und als Mandatsträger das Vertrauen der Menschen, die uns nur diese Macht geliehen haben, weil sie spüren, sehen und schliesslich darauf vertrauen, dass wir diese geliehene Macht nie missbrauchen und sie nur im Sinne unserer Ziele ausüben. Machtmissbrauch ist gerade für uns Sozialdemokratinnen und für unsere Politik verheerend, weil dies in eklatantem Widerspruch zu unseren deklarierten

Zielen steht. Reden und Handeln müssen gerade bei uns übereinstimmen. Der moralische Anspruch an uns selber ist zu recht sehr hoch.

Und noch etwas: Es gibt zweierlei Arten von Macht: die hierarchische Macht, die immer mit Sanktionen verbunden ist etwa nach dem Motto «Und bist du nicht willig, so brauch' ich Gewalt». Es ist die Sanktionsmacht des Patriarchats. Es gibt aber auch die weibliche Macht, welche motiviert, begeistert, das Team und die Beziehungen betont, eine Kommunikationsmacht sozusagen. Diese Art Macht kann Lust und Freude verbreiten. Da fühlen wir uns wohl, und das können wir auch.

3. Wir brauchen begeisterungsfähige Menschen

Ich habe gesagt, dass wir für eine erfolgreiche Zukunft der SP eine mehrheitsfähige Politik brauchen, dass wir Macht brauchen, und ich sage, dass wir Menschen, Genossinnen und Genossen brauchen, die ihre Aufgabe erkannt haben. Wir brauchen sensible, starke und mutige Menschen, die stolz sind auf ihre Geschichte und auf ihre Partei. Kurz, wir brauchen viele Hoffnungsträgerinnen und Hoffnungsträger. Hier darf ich sicher einige Bemerkungen machen zu dem Begriff der Hoffnungsträger/-innen. Die wenigen Hoffnungsträger/-innen, die es heute bei uns gibt bzw. von denen man redet, können allein die grosse Hoffnung vieler gar nicht tragen. Diese Bürde ist viel zu schwer. Schliesslich haben auch Hoffnungsträger ein Anrecht darauf, Fehler machen zu können, ohne dass die ganze Hoffnung bereits zusammenbricht. Ich bitte Euch also im Namen einiger Hoffnungsträger/-innen, diese Hoffnungen zu Euch selber zurückzunehmen und die Hoffnungen in Euch selber zu finden.

Umgang mit Zeit und Geld

Ich habe von Menschen gesprochen, die mit uns eine erfolgreiche Zukunft vorbereiten. Wir brauchen Parteimitglieder, die es verstehen, die Prioritäten richtig zu setzen. Damit meine ich zum Beispiel so etwas ganz Prosaisches wie den Umgang mit Geld und den Umgang mit der Zeit. Wenn wir uns selber so hohe Ziele setzten, müssen wir bereit sein, auch einen entsprechend hohen Beitrag zu leisten. Wir sollten uns einmal überlegen, wieviel Geld wir dieser Partei zur Verfügung stellen. Sind wir tatsächlich bereit, für Essen, für Kleider, für andere, häufig unnütze Dinge jede Menge Geld auszugeben, der Partei aber, die wir stark haben möchten, immer nur das Nötigste zu überlassen? Gelingt es uns, hier einmal ehrlich mit uns selber zu sein? Und vielleicht sollten wir uns auch einmal darüber klar werden, ob es sich lohnt, unsere Mittel so unendlich zu zerstreuen und jedes Grüppchen, welches kaum effizient arbeiten kann, auch noch zu unterstützen, weil wir eben ein schlechtes Gewissen haben, oder ob wir unsere finanziellen Mittel nicht doch lieber konzentrieren, um unsere eigene Organisation wirklich zu stärken.

Lust an der Politik

Wir brauchen aber auch Mandatsträgerinnen, Menschen, die bereit sind, in Parlamenten, in der Exekutive, in Kommissionen zu wirken; die willig und bereit sind, geliehene Macht gemäss unseren Prinzipien zu übernehmen, Transparenz herzustellen und den Kampf zusammen mit ihren Sektionen für unsere Ziele zu führen. Die leider verbreitete Haltung «Ohne mich, ich will mir meine Hände nicht schmutzig machen» ist inakzeptabel. Wir brauchen nicht Sesselkleber, die aus Prestigegründen irgendein Amt haben wollen. Davon gibt es in

diesem Lande ohnehin schon genug. Wir brauchen Mandatsträgerinnen, die die Menschen, unser Land und das Leben lieben, stolze, mutige Persönlichkeiten, welche bereit sind, etwas zu wagen, etwas in Bewegung zu bringen, und die Lust am Politisieren haben. Politisieren macht nämlich Spass. Wir brauchen Genossinnen und Genossen mit Rückgrat, die ihre Arbeit in den Gremien, ihre Macht immer und immer wieder ehrlich reflektieren, die Lust und Lebensfreude ausstrahlen und stolz auf ihre Arbeit und ihre Partei sind. Auf diese Art und Weise können wir Menschen um uns herum gewinnen und unsere Zuversicht weitergeben. Nur so können wir Erfolg haben.

Angst vor mutiger SP-Politik

Sicher, das alles ist kein Sonntagsspaziergang. Wenn wir unseren Prinzipien gemäss handeln, nicht opportunistisch den Weg des geringsten Widerstands gehen, werden wir den Widerstand unserer Gegner sehr schnell zu spüren bekommen. Erst dann wissen wir, dass wir es richtig machen. Und wenn uns Herr Spälti rät, wieder mehr Kompromisse und weniger radikale Politik zu machen, dann weiss er schon, weshalb er diesen Rat gibt: Eine starke, überzeugende und mutige SP-Politik könnte ja den Menschen gefallen und könnte ja die Macht der Verhinderer begrenzen. Wo unsere Politik vor lauter Kompromissen die Konturen verliert, wo unser politisches Profil vor lauter Gutmütigkeit, Verschwiegenheit und Angst vor Auseinandersetzungen bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt wird, sind wir für die Menschen keine Alternative und keine Hoffnung mehr, und sie verlieren das Interesse an unserer Politik und an unseren Zielen. Das wollen wir nicht.

Genossinnen, Genossen, vielleicht denkt Ihr manchmal an-



gesichts des globalen Elends, das sich von Tag zu Tag verschlimmert, und angesichts der starren, fast unveränderbaren Strukturen und Machtverhältnisse in unserem Lande, welche es nicht zulassen, dass die Probleme wirklich gelöst werden, vielleicht denkt Ihr, dass unser Kampf doch nichts nütze. Mir auf alle Fälle geht es manchmal

so. Vielleicht seid ihr auch manchmal deprimiert, wenn der Erfolg sich nicht so rasch einstellt, wie wir es gerne hätten. Aber liebe Genossinnen, liebe Genossen, für Resignation besteht kein Grund. Wir haben in den letzten 100 Jahren bewiesen, dass wir eine erfolgreiche, ja siegreiche Partei sind, die stets verliert. Wir haben viele unserer Ziele erreicht, weil wir einen langen Atem haben. Und den werden wir behalten.

Roter Strom durch die Geschichte

Wir allein als Individuen müssen schliesslich die Welt auch nicht retten. Wir sind nur Sandkörnchen. Gemeinsam aber sind wir ein kräftiger roter Strom durch die Geschichte der Menschheit und der Völker. Und wir werden unseren Auftrag haben, solange noch Ungerechtigkeit, Hunger, Elend, Fremdbestimmung und Ausbeutung irgendwo auf dieser Welt herrscht.

Ich bin stolz und glücklich, dass ich zu Euch gehöre, zu denen,

die von der Geschichte die wohl vornehmste Aufgabe erhalten haben: Zu kämpfen für eine Zukunft des friedfertigen und zugleich konfliktfähigen und solidarisches Menschen, der in Harmonie mit seiner Mit- und Umwelt lebt.

Wir sind stolz auf das, was unsere politischen Väter und Mütter gemeinsam erkämpft haben. Wir danken ihnen für ihre Entbehrungen und ihre Hingabe. Mit derselben Hingabe wollen wir unsere Aufgabe erfüllen. Wir sind sicher, dass unsere Nachkommen von uns sagen können: Sie haben ihren historischen Auftrag erkannt, sie haben sich ihm gestellt, und sie haben ihre Sache gut gemacht. Mit dieser Zuversicht gerüstet, wünsche ich Euch, liebe Genossinnen und Genossen, dass an unserem Jubiläumsparteitag der Schritt von unserer 100jährigen Geschichte in unsere Zukunft gelingen wird und wir mit neuem Mut an unsere tägliche Arbeit gehen. Ich danke Euch.

Zürich, den 8. Oktober 1988

100 Jahre SPS: Die Fraktion der Sozialdemokraten in der Bundesversammlung

Aufgestellt und fortschrittlich

Von Ursula Mauch

Unsere 100jährige Partei hat seit dem letzten Wahlherbst eine ziemlich erneuerte Fraktion. Ich gestatte mir daher, dem Geschäftsbericht der Fraktion ein paar Gedanken zur Fraktion selber und zu meiner Arbeit als Fraktionspräsidentin voranzustellen.

Ich habe die grosse Freude und das Vergnügen, ein bisschen Kummer ab und zu auch, Mitglied der aufgestelltsten und fortschrittlichsten aller Bundesratsfraktionen zu sein. Eine Fraktion ist Teil eines Ganzen. Wir sind Teil der Bundesversammlung, aber eben allem vo-

ran auch Teil dieser Partei, der wir zum Jubiläum die allerbesten Wünsche übermitteln.

Wir, das sind zwei Ständerätinnen und drei Ständeräte, elf Nationalrätinnen und 31 Nationalräte sowie unsere beiden Bundesräte, unsere Sekretärin und unser Sekretär. Unsere Fraktion